

Vergünstigungen für Besucher aus der Zone

Sie sollen sich in Westdeutschland zu Hause fühlen

Das „Unteilbare Deutschland“, diese Organisation, die sich nicht in den Vordergrund schiebt, sondern in der Stille wirkt, hat kürzlich in Bonn einen Rechenschaftsbericht über ihre Tätigkeit in den letzten Wochen gegeben. Es sind viele Anregungen von dem kleinen unscheinbaren Büro ausgegangen. So wird jetzt vor allem die Aufgabe in Angriff genommen, den Besuchern aus Mittelddeutschland ein Heimatgefühl im Westen zu geben.

An den großen Bahnhöfen, an den Zonenübergängen der Autobahn und der Straßen werden in den nächsten Tagen Plakate aufgestellt werden mit der Aufschrift: „Deutschland ist unteilbar“, darunter „Willkommen“, und Blickpunkte mit der Bezeichnung von Städtenamen jenseits der Elbe—Werra—Fulda, also Berlin, Rostock, Magdeburg, Leipzig, Erfurt usw.

Besonderes Augenmerk wird darauf gerichtet, den Besuchern aus der Zone ihren Aufenthalt materiell zu erleichtern. So hat der Deutsche Städtetag auf Anregung des „Unteilbaren Deutschland“ beschlossen, allen deutschen Städten zu empfehlen, jedem Besucher aus Mittelddeutschland gegen Vorzeigen des Personalausweises eine Mappe mit einem Stadtplan und Drucksachen über die betreffende Stadt im Verkehrsamt überreichen zu lassen.

Ferner soll ein Heft mit Gutscheinen für sechs oder zehn Freifahrten auf den städtischen Verkehrsmitteln, für einmaligen Besuch eines Schwimm- oder Wannenbades, des Theaters und der städtischen Museen überreicht werden. Auch die Sportvereine sollen kostenlos Karten für ihre Veranstaltungen zur Verfügung stellen.

Besuche der Veranstaltungen von Volkshochschulen und ähnlichen Institutionen sollen frei sein. Insbesondere soll durch Verhandlungen mit Kinobesitzern erreicht werden, daß Gutscheine-Inhabern freier Eintritt

zu den Nachmittagsveranstaltungen gewährt werden kann. Außerdem haben die meisten westdeutschen Universitäten bereits zugesagt, mitteldeutschen Studenten die Benutzung der Bibliotheken, Lesesäle usw. kostenlos zu gestatten.

Zentrale Erziehungsaufgaben

Auf geistigem Gebiet ist eine stärkere Betonung der mit Deutschlands Teilung und Wiedervereinigung zusammenhängenden Probleme als zentrale Aufgabe der Erziehung herausgearbeitet worden. Eine Untersuchung über den Rang dieses Unterrichtsgegenstandes in den heute verwendeten Schulbüchern wird in den nächsten Wochen veröffentlicht werden. Sie wird zeigen, daß der westdeutsche Schulunterricht diese Frage bisher vernachlässigte. Deshalb sollen nunmehr Quellenhefte und Leitfäden angeregt werden, die dem deutschen Lehrer und Professor die wichtigsten Hinweise für den Unterricht geben.

Auf einer Historiker-Tagung in Braunschweig, die das „Unteilbare Deutschland“ einberief, sind bereits die Richtlinien für diese Grundsatzarbeit beschlossen und die ersten Aufträge für solche Leitfäden vergeben worden.

Nunmehr haben auch Beratungen über die stärkere Berücksichtigung der in der Sowjetzone erscheinenden Literatur aller Sparten in den großen deutschen Zeitungen und Zeit-

schriften dazu geführt, daß Neuerscheinungen jenseits der Zonengrenze künftig in Westdeutschland kritisch gewürdigt und analysiert werden sollen, soweit ein negatives oder positives Interesse an diesem oder jenem Buch vorausgesetzt werden kann.

Jugend wird interessiert

Die Tätigkeit des „Unteilbaren Deutschland“ hat bereits zu einer Reihe von Zusammenschlüssen in allen Teilen des Landes geführt. In Veranstaltungen kultureller Art wird dabei der Gedanke der Unteilbarkeit Deutschlands veranschaulicht.

Insbesondere hat sich die studentische Jugend dieser Idee zugewandt und in zahlreichen Zusammenkünften, Veranstaltungen, Seminaren und Aussprachen auch den politischen Fragen der Wiedervereinigung ihre Aufmerksamkeit geschenkt.

Die Zahl der Vorträge an Universitäten, Volkshochschulen, Akademien, in Vereinen und Verbänden, die sich dem zentralen Thema des geteilten Deutschland zuwenden, ist in den letzten Monaten überall stark angewachsen. Freiwillige Zusammenschlüsse zu Arbeitskreisen des „Unteilbaren Deutschland“ werden jetzt in fast allen wichtigen Zentren der Bundesrepublik vorbereitet.

Die öffentliche Meinung hat sich wesentlich stärker als in früheren Jahren den Problemen der Wiedervereinigung zugewandt. Vor allem die deutsche Presse und der Rundfunk wirkten in dieser Richtung vorbildlich. Im „Unteilbaren Deutschland“ wird jedoch betont, daß die in diesem Jahre erst begonnene Arbeit künftig in die Breite und Tiefe des ganzen Volkes erweitert werden muß.

Die Politik steht nicht still

DT. Der ost-westliche Nervenrieg tritt anscheinend wiederum in eine neue aktivere Phase ein. Noten, Kundgebungen und Zeitungsartikel werden von Moskau verbreitet, die zugleich auf Frankreich als den schwächsten und auf Deutschland als den infolge seiner Spaltung empfindlichsten Punkt des Westens gerichtet sind. Den einen wird für den Fall einer Ratifizierung der Verträge der Bruch des sowjetisch-französischen Bündnisses aus dem Jahre 1944, den anderen die Unmöglichkeit der Wiedervereinigung angekündigt. An beide richtet sich die Feststellung, daß die Auffassung der Westmächte, Verhandlungen seien mit Moskau auch nach der Ratifizierung noch möglich, falsch sei.

Was die Deutschen betrifft, so werden sie die sowjetische Ankündigung, nachdem sie aller törichtsten propagandistischen Formeln entkleidet ist, die uns eines „aggressiven, revanchelistischen Militarismus“ verdächtigen, mit der gebotenen Sorgfalt erwägen.

Dabei ist dann festzustellen, daß das, was für den Fall einer Ratifizierung der Verträge als unmöglich bezeichnet wird, nämlich die Wiedervereinigung Deutschlands, uns anderenfalls bisher durch keine irgendwie verpflichtende Erklärung Moskaus als im Sinne der Freiheit erreichbar zugesichert worden ist. Ganz im Gegenteil!

Das größte Hindernis

Noch vor wenigen Wochen hat Molotow, als er in Pankow am festlichen fünften Jahrestag der kommunistischen „Republik ohne Volk“ teilnahm, erklärt, in dieser Republik sei das Volk Herr — im Gegensatz zu den „Kapitalmagnaten, Junkern und ihren Lakaien“ in der Bundesrepublik —, und die Zeit werde kommen, „da auch in Westdeutschland das Volk zum Herrn wird“, das heißt das Volk, wider Willen vertreten durch sowjetische Kommissare.

Es gibt heute nichts in der Welt, was einer deutschen Wiedervereinigung mehr im Wege

steht, als eben dieses erklärte Ziel Moskaus, daß auch die Bundesrepublik, in der die Kommunisten ebenso wie in Berlin mangels Masse kaum zu zählen sind, der unterworfenere Teil eines kommunistischen Gesamtdeutschlands sein solle.

Nun steht erfreulicherweise die Politik niemals still. Sie hat ja gerade die Aufgabe, den lebendigen Strom des Geschehens zu lenken, die von ihm ausgehenden Wandlungen zu registrieren, zu verarbeiten und sich ihnen mit immer neuen Entscheidungen anzupassen. Es gibt keine törichtere Politik als die, die erklärt, sie werde neue Tatsachen einfach ignorieren und sich so verhalten, als ob sie gar nicht da seien.

Zehnjährige Erfahrung

So hat einst Hitler „Politik“ gemacht, aber bei aller Ähnlichkeit der beiden totalitären Systeme — hier hat Moskau stets klüger gehandelt. Das dürfte in Zukunft nicht anders sein, wenn das europäische Bild dank größerer Einigkeit und Kraft neue Tatsachen und mit ihnen eine wesentliche Veränderung aufweist. Ohne diese Veränderung jedenfalls ist, wie die Erfahrung des fast zehnjährigen ost-westlichen Tauziehens zeigt, keine Auflockerung der beiden Positionen und folglich nichts Neues zu erwarten.

Auch nach der Ratifikation der Pariser Verträge wird es also im Ablauf der Zeit diplomatische Gespräche geben, weil keiner der Mächtigen — wir schließen die Sowjetunion nicht aus — den heißen Krieg will.

Die Reaktion in den westlichen Hauptstädten auf die neue Sowjetnote, die noch nachträglich von Molotow mit dem Pfeffer des sowjetisch-französischen Paktes gewürzt wurde, ist denn auch einheitlich in der Meinung, daß es auch in der Sowjetpolitik kein „Niemand“ gibt und die Sowjets auch nach der Ratifizierung verhandeln werden. Sie werden verhandeln, vorausgesetzt, daß sie überhaupt zu ernstlichen Verhandlungen bereit sind.

Die Frage ist nämlich, wo über die Sowjets verhandlungsbereit wären. Über Österreich? Über die Wiedervereinigung? Oder nur über ein Sicherheitssystem? Nach der Molotow-

Rede zu urteilen, geht es ihnen vor allem um dieses Sicherheitssystem, das „beide Teile Deutschlands“ einschließen soll. Und das verstärkt den Verdacht, daß Molotow die Teilung Deutschlands als „gegeben“ hinnimmt.

Leere Drohung

Deshalb wird es auch nach der Ratifizierung der Verträge seine Zeit dauern, bis sich Moskau auf wirkliche Verhandlungselastizität umstellt, um über das künftige Gesicht Europas und über die deutsche Wiedervereinigung konkreter mit den Westmächten zu beraten als bisher. Vor allem die Engländer sehen dieser Schwierigkeit mit aller Nüchternheit entgegen. Die Amerikaner sind optimistischer.

Doch klar ist man sich darüber, daß ein abruptes Unterbrechen aller politischen Kontakte zwischen Ost und West nach der Ratifizierung nicht eintreten wird, sondern daß das vielmehr eine Drohung ist, die sich genau so wenig erfüllen kann wie die Drohung mit der hochtourigen Aufrüstung des Ostblocks. Denn schon aus wirtschaftlichen Gründen wird der Osten die mühsam erlangten Verbindungen mit dem Westen nicht zerschneiden, und ausgerüstet hat der Ostblock längst bis zur Grenze seiner Leistungsfähigkeit.

Es wird also auch wieder Viererkonferenzen geben, die sich mit der besseren Befriedung Europas durch Einrichtung eines gerade von Moskau erstrebten Systems der kollektiven Sicherheit befassen — eines Systems, in dem ein ungeteiltes Deutschland seinen Platz und mit angemessener Verteidigungskraft auch die Möglichkeit hat, für den gemeinsamen Frieden eine gleichberechtigte Verantwortung zu tragen.

Ferne Ziele? Auch Moskau wird noch begreifen, daß sie nicht nur sehr wichtig, sondern für eine ehrliche Friedenspolitik auch nah erreichbar sind. Deutschland jedenfalls wird nach der Ratifizierung der Verträge diesen Standpunkt — hoffentlich auch im direkten Kontakt mit Moskau — äußerst nachdrücklich vertreten.

Dokumente prangern an

Fünf Jahre Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen

Berlin (DPA/AP). Der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen hat auf seiner Tagung zum fünfjährigen Bestehen eine 323 Dokumente umfassende Sammlung veröffentlicht. Es wird darin nachgewiesen, daß trotz des im vergangenen Jahre verkündeten „neuen Kurses“ das System des Unrechts und die Mißachtung der Menschenrechte in der Sowjetzone unverändert anhalten.

Der „neue Kurs“ habe nicht etwa zum Grundsatz der richterlichen Unabhängigkeit zurückgeführt, sondern diese vielmehr beseitigt, betonte Oberrichter a. D. Walther Rosenthal. Im Zusammenhang mit den Ereignissen des 17. Juni wurden sieben Todesurteile, acht lebenslängliche Zuchthausstrafen und 2374 Freiheitsstrafen verhängt. Zum Spitzelsystem erklärte Friedrich Teupitz, es seien fast neun Zehntel der rund 100 000 bis 120 000 Spitzel zwangsweise zur Mitarbeit für den SSD herangezogen worden.

Wie der Leiter des Untersuchungsausschusses, Dr. Theo Friedenau, mitteilte, haben etwa 250 000 Menschen aus dem sowjetisch besetzten Gebiet in den vergangenen fünf Jahren bei den freiheitlichen Juristen Rat geholt. Gegen 2000 Sowjetzonenflüchtlinge, die behaupten, auf Grund politischer Gründe geächtet zu sein, sich aber krimineller Verfehlungen schuldig gemacht hätten, sind auf Veranlassung des Untersuchungsausschusses Verfahren eingeleitet worden.

Dem Untersuchungsausschuß

sind aus Anlaß seines Jubiläums zahlreiche Glückwünsche aus dem In- und Auslande zugegangen.

Polen will Deutsche freilassen

Bonn (Eigenmeldung). Der Präsident des Polnischen Roten Kreuzes hat dem DRK mitge-

Freiheit durch Wiedervereinigung!

Berlin (DPA). Eine Wiedervereinigung habe nur dann einen Sinn, wenn sie den 18 Millionen Sowjetzonen-Bewohnern Recht und Freiheit bringe und die Bevölkerung der Bundesrepublik nicht dem Kommunismus ausliefern, erklärte der Staatssekretär im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz Thediek.

Thediek warnte vor einer deutschen Wiedervereinigungspolitik mit Wagnissen. Bei der Bereitschaft einzelner Politiker, bei künftigen gesamtdeutschen Wahlen Konzessionen zu machen, dürfe es „kein Wagen

teilt, daß in Kürze wieder Deutsche aus den polnisch besetzten Gebieten und aus Polen mit ihren Familien in Westdeutschland zusammengeführt werden können. Die Mitteilung erfolgte vor wenigen Tagen auf mehrfache Bitten des DRK hin.

Wie das DRK in Bonn bekanntgab, sollen zunächst solche Gruppen nach Westdeutschland reisen dürfen, die vom DRK als Härtefälle bezeichnet wurden. Darunter fallen getrennte Ehepartner, alleinstehende Kinder, deren Eltern sich im Bundesgebiet befinden, sowie alte und hilfsbedürftige Personen, die in der Bundesrepublik Angehörige haben.

ohne Wagen geben“, weil die Freiheit des ganzen deutschen Volkes auf dem Spiele stünde.

Appell in Straßburg

Straßburg (DPA). Sprecher der CDU und der SPD traten in der politischen Debatte des Europarates in Straßburg mit Nachdruck dafür ein, daß der Europarat die deutsche Wiedervereinigung als Ziel Nummer Eins ansieht.

Als Sprecher der CDU betonte Fürst Bismarck, daß vor allen anderen Zielen die Wiedervereinigung stehen müsse. „Nur auf ihrer Grundlage kann es ein kollektives Sicherheitssystem geben“. Mit gleichem Nachdruck lehnte Dr. Lütken für die SPD jede Politik der Koexistenz ab, wenn sie nicht die deutsche Wiedervereinigung zur Voraussetzung habe. „Die Entspannung in Europa, die wir alle erhoffen, kann nicht gelingen solange Deutschland geteilt bleibt“, sagte er.

Von der Mehrheit der Redner aus den übrigen Ländern wurde die deutsche Forderung nach Wiedervereinigung voll akzeptiert.

„Völlig unsinnig“

Bonn (DPA). Als völlig unsinnig wird in Bonn die Meldung des kommunistischen Deutschland-Senders über die Unterzeichnung eines Geheimabkommens zwischen der Bundesregierung und den USA bezeichnet.

Höchstes Lob für Berliner Wahlen

Stimmen der internationalen Presse

Berlin (Eigenbericht). Der Ausgang der Wahlen in Berlin hat die ganze letzte Woche die internationale Presse eingehend beschäftigt. Mit Genugtuung stellten die Zeitungen übereinstimmend fest, daß es den Extremisten, ganz besonders der SED, nicht gelungen ist, auch nur den geringsten Erfolg zu verzeichnen. Hieraus spreche nach dem Urteil der einzelnen Blätter ein hohes demokratisches Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung.

Die „New York Herald Tribune“ begrüßte die Niederlage der Kommunisten sowie der rechtsgerichteten Parteien und

meinte weiter: „Im Herzen des rot beherrschten Ostdeutschlands gab Berlin ein hervorragendes Beispiel dafür, wie die Freiheit aussieht.“

Der Amsterdamer „Telegraaf“ erklärte: „Das Wahlergebnis zeigt, weshalb der Sowjetunion nicht an einer Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier und geheimer Wahlen gelegen ist.“

Höchste Anerkennung wurde der Berliner Bevölkerung auch von der dänischen Presse zuteil. Der „Social-Demokraten“ bezeichnete das Wahlergebnis als einen „strahlenden Sieg für die Demokratie als Ganzes“.

Scelba räumt in Italien auf

Verteidigung der demokratischen Einrichtungen

Rom (Eigenbericht). Der Ruf nach einer Verstärkung der Staatsautorität erklingt nicht nur in Italien. Aber hier scheint die „Operation Demokratie“ zu gelingen. Wenn das Wunschbild des starken Mannes in Italien populär wird, so denken die meisten dabei keineswegs an einen neuen „Duce“. Man meint aber, der demokratische Staat mit seinem pluralistischen Parteiensystem und der Teilung der Gewalten müsse die totalitären Parteien durch Ausnutzung verfassungsmäßiger Mittel besser in Schach halten, wolle die italienische Republik nicht eines Tages das Schicksal der Weimarer Republik erleiden.

Scelba hat diesen Ruf verstanden. Er war ein Unisono der nichtextremistischen Parteien, trägt also kein „reaktionäres“ Vorzeichen.

Nicht um „Sondergesetze“ handelt es sich bei Scelbas neuen „Maßnahmen zum Schutze des Staates“. Die Verfassung bildete die Grundlage für eine Reihe von Bestimmungen, die der Sicherheit des Staates dienen. In erster Linie richten sie sich gegen die Kommunistische Partei Italiens, die mit ihrer straffen Organisation, einer kaum noch verschleierte eigenen Handels- und Wirtschaftsorganisation und einer ausgesprochenen „Verleumdungsstrategie“, einen „Staat im Staate“ zu bilden begann.

Das Programm

Der italienische Ministerrat hat demzufolge ein „Programm zur Verteidigung der demokratischen Einrichtungen gegen die politischen Kräfte des Totalitarismus“ entworfen, deren „Abhängigkeit von fremden Ländern“ erwiesen sei. Entsprechende Maßnahmen wurden bereits getroffen.

Der italienischen KP werden zunächst Gebäude und Grundstücke entzogen, die sich früher im Besitz der faschistischen Partei und ihrer Organisationen befanden. Die KP hatte nach dem Kriege eine ganze Anzahl solcher Gebäude besetzt. In einigen Gemeinden mit roter Mehrheit wurde sogar staatliches Personal und Material zu Parteizwecken benutzt.

Genauer untersucht wurde ferner „das zweite Netz geschäftlicher Beziehungen“, das die KP über ganz Italien ausgedehnt hat. Es wurde verfügt, daß alle entsprechenden Lizenzen überprüft und entzogen werden, falls sie dem öffentlichen Interesse nicht dienen

und „totalitäre Bewegungen“ unterstützen. Auch Firmen, die in den Genuß von Staatsaufträgen oder größeren ausländischen Industriebestellungen kommen, sollen schärfer ausgewählt werden, um private Abmachungen mit den „Totalitären“ auszuschließen.

Geheime Geldquellen

Im Außenhandel werden in Zukunft solche Firmen keine Lizenzen erhalten, die — um mit den Oststaaten etwa Geschäfte machen zu können — der KP Vermittlungsgebühren zahlen.

Die italienische Regierung will ferner schärfer kontrollieren, ob antiitalienische Radio- sendungen in Ländern des Eisernen Vorhangs ihr Material von der italienischen KP erhalten, und sie bereitet schließ-

lich weitere Gesetzentwürfe zur höheren Bestrafung bei Verleumdung, Mißbrauch der Wahl- und Pressefreiheit vor.

Mit diesen Maßnahmen soll die KP auf ihre Struktur als reine Parteiorganisation reduziert werden. So dürfte sich für die KP auch ein erheblicher Verlust durch die genauere Kontrolle bei den Stadt-Zoll-Einnahmen und bei der Erhebung von indirekten Steuern in Städten und Gemeinden mit roter Mehrheit ergeben. Vieles davon floß in die Parteikassen.

Die neuen Bestimmungen, die bei genauerem Hinsehen nicht gerade so unerhört durchgreifend und „brutal“ sind, wie die Kommunisten behaupten, dienen in erster Linie dazu, die für die italienische Lage bezeichnende halb private Protektionswirtschaft einzuschränken. Die Kommunisten sollen in die Defensive gedrängt und zur größeren Vorsicht gezwungen werden. Ob sie durch die neuen Maßnahmen jährlich 60 Millionen DM verlieren werden — wie behauptet wird — ist fraglich. Sie wurden aber in ihrer Stoßkraft geschwächt und in ihren eigenen Reihen unsicher. Es ist dies seit 1946 in Italien zum ersten Male der Fall und sicher ein Verdienst Mario Scelbas.

Europarat billigt Verträge

Für baldige Ratifizierung der Pariser Abkommen

Straßburg (AP). Die baldige Ratifizierung der Pariser Abkommen und eine umgehende diplomatische Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion über die Einberufung einer Viermächtekonferenz, durch die jedoch keinesfalls die Verwirklichung der Pariser Beschlüsse hinausgezögert werden dürfe, forderte die Beratende Versammlung des Europarates am Sonnabend zum Abschluß ihrer viertägigen Sitzung.

Eine entsprechende Resolution wurde mit 82 gegen 7 Stimmen — darunter die meisten von den deutschen Sozialdemokraten — bei 14 Enthaltungen angenommen. Das deutsch-französische Saarabkommen wurde mit 77 gegen 5 SPD-Stimmen bei 5 Enthaltungen gebilligt.

Paris (Eigenmeldung). Der Außenpolitische Ausschuß der

französischen Nationalversammlung hat sich mit teilweise knapper Mehrheit für die Ratifizierung der drei Pariser Abkommen ausgesprochen.

Brüssel (DPA). Der Parteitag der belgischen Sozialisten sprach sich für die Bildung der Westeuropäischen Union und die Bewaffnung der Deutschen Bundesrepublik aus.

Enge Bindung

Luxemburg (AP). Der Ministerrat der Montanunion und die britische Regierung haben sich in Luxemburg über die engere Bindung Großbritanniens an die Europäische Kohle- und Stahlgemeinschaft geeinigt. Die Unterzeichnung wird in naher Zukunft in London erfolgen können.

Der plan-geteilte Gabentisch SED-Weihnachtsbescherung in und hinter der HO

Der „Silberne“ Sonntag ist vorüber, in Ostberlin und den Zonenstädten gibt es Weihnachtsmärkte, die Leute haben sich alles angesehen und — sind enttäuscht. Der Kontrast zum letzten Weihnachtsfest ist so offensichtlich, das Fehlen all der 1953 noch vorhandenen Dinge so deutlich, daß man darüber zu diskutieren beginnt. Wo Waren auftauchen, die man zum Fest verschenken könnte, sind sie innerhalb weniger Minuten vergriffen. Apfelsinen und all die kleinen Weihnachtsspezialitäten sind rar, grobgeschnittenes Spielzeug liegt in den Konsumbüden aus, die HO verkauft Kaninchen-Muffs wie 1948. Optimisten sagen, es käme noch alles heran. Die, die es besser wissen, schweigen.

Tatsache ist, daß der Sowjetzonen-Außenhandel noch heute an den Weihnachtsschulden des Vorjahres zu knabbern hat. Die damaligen „Friedensweihnachten“ wurden teuer erkaufte. In diesem Jahr standen nur begrenzte Mittel zur Verfügung. Sie wurden in unsinniger Weise verschwendet. Wer über die Weihnachtsmärkte geht, entdeckt ungarische (!) Stabilbaukästen zu 35 DM, wo ein Dresdener Betrieb gleichwertige Baukästen vergeblich für 26 DM anbietet. Chinesische Tabakkästchen, nicht einmal in Lackmalerei, werden offeriert, wo die thüringische Heimindustrie ihre Artikel zu halbem Preis verkauft. Kinderroller aus der Tschechoslowakei, Spielzeug aus Polen, sowjetisches „Konfekt“ und Buchhüllen aus Albanien kann der Käufer erwerben. Bettwäsche, Frottierhandtücher und Herrenoberhemden sind dagegen meist schon vergriffen. Krawatten gibt es in der HO in insgesamt elf Standardmustern. Es hat den Anschein, als wollten die sowjetzonalen Handelsorgane jetzt vor Weihnachten den befreundeten Volksdemokratien besonders entgegenkommen. So viel unbrauchbares Zeug wurde jedenfalls selten zusammengekauft.

Ladenhüter

Freiwillig hat die SED das nicht getan. Sie hat seit Ende Oktober mit allen Ostblockstaaten Verhandlungen geführt, um dieses Jahr ähnliche Hilfslieferungen wie im vergangenen Dezember zu erhalten. Es wurde abgelehnt. 1953 kamen diese Lieferungen herein, weil man kurz vor der Berliner Vier-

mächtekonferenz stand und dem Ausland eine echte „Friedensweihnacht“ präsentieren wollte.

1954 ist den Sowjets und erst recht den übrigen Ostblockländern das Weihnachtsfest in der Zone gleichgültig. Wer etwas haben will, muß bezahlen, ist die Devise 1954. Und da die SED nichts bezahlen kann, wird ihr kurzerhand etwas „angedreht“.

Als die SED einen schüchternen Versuch unternahm, über Ungarn italienische Südfrüchte und spanische Apfelsinen aufzukaufen, bekam sie einige Wagons — italienischer Tomaten!

Wo bleibt die „Milliarde“?

Nicht anders ist es mit dem ominösen „Massenbedarfs-Milliarde“. Nirgendwo vermag man etwas von ihr zu entdecken. Sogar die wenigen Artikel, die tatsächlich herausgebracht worden sind, ein Staubsauger, ein Schallwäscher, ein Entsafter und ein Kinderelektroherd, sind mit einem Schlag vom Markt verschwunden. Es war Schaufenster-Produktion, aber nicht für den Käuferansturm eines Weihnachtsfestes berechnet.

„Das Angebot in Textilien ist etwas blaß!“ schreibt die Ostpresse zum Festangebot der HO. Und die Spielwaren: „Nicht überwältigend, etwas derb, aber ausreichend!“ Man muß das aber alles gesehen haben! Diese Nippes und Tinneff-Produktion, diese Persipan-Herzen und Vitallade-Weihnachtsmänner. Mit dem geringen Warenangebot wird der Käufer übers Ohr gehauen, daß ihm die Weihnachtsprämie, die der Staat nicht verweigern konnte, gleich vierfach abgeschwindelt wird. Sieht es aber überall so aus?

In den Ministerien werden seit acht Tagen Apfelsinen, Nüsse, Zitronat, Rosinen und Mandeln verteilt. Polnische Mastgänse gibt es in den Spezialverkaufsstellen der Behörden und Ämter, ungarische Salami zu relativ günstigen Preisen in den Spezial-HOs. „Für alle würde es doch nicht reichen“, sagen die Verantwortlichen.

In Ostberlin werden in der Breite Straße, Pankow, in der Alten Schönhauser Straße und in der Klement-Gottwald-Allee in Spezialläden alle die Dinge angeboten, mit denen die SED vergangenes Jahr für eine „Friedensweihnacht“ Reklame machte.

Weihnachten ist der große Einkaufsmonat. Da merken sogar die sonst am Markt weniger Interessierten, wie es um den „allgemeinen Wohlstand“ bestellt ist. Wer sich die Weihnachtsbescherungen der SED seit 1950 besieht und ins Gedächtnis zurückrufen kann, bekommt ein Bild von der wirtschaftlichen Situation dieses Jahres. „So viel Schund wie heute hat es nur vor der Währungsreform gegeben!“ sagen die Hausfrauen. Das kleinste bißchen Weihnachtsglück muß sich die Hausfrau aus den Westberliner Läden, zu dem für sie mitunter harten Wechselkurs, holen. Der „Neue Kurs“ hat für den kommunistischen Weihnachtsmann anscheinend keine Gültigkeit gehabt in diesem Jahr.

Bischof als Zwangsarbeiter

Hongkong (AP). Ein chinesischer katholischer Bischof werde von den chinesischen Kommunisten gezwungen, in einer sogenannten Tretmühle zu arbeiten. Dies berichteten zwei freigelassene Nonnen bei ihrem Eintreffen in Hongkong. Nach ihrer Schilderung muß der chinesische Bischof Tschang in Kalgan (Innere Mongolei) in einer Gruppe von Zwangsarbeitern an einem Tretwerk arbeiten, in dem Tonscherben zu Sand zerrieben werden.

KP-Wahlschlappe in Polen

Wien (AP). Trotz der üblichen „volksdemokratischen“ Einheitsliste erlebten die Kommunisten bei den in Polen durchgeführten Gemeindevahlen in elf Bezirken eine schwere Schlappe.

Nach einem Bericht der amtlichen polnischen Nachrichtenagentur müssen die Wahlen in sechs Bezirken wiederholt werden, weil die kommunistischen Kandidaten nicht die erforderliche Stimmenzahl erhielten, während in fünf anderen Bezirken die unter fünfzig Prozent liegende Wahlbeteiligung eine Wiederholung erforderlich macht.

Luchse in Ostdeutschland

Berlin (AP). Nach einer Invasion von Wölfen aus Rußland werden die unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete jetzt offenbar von einer großen Anzahl wilder Luchse heimgesucht. Wie die Warschauer Zeitung „Zycie Warszawy“ am Dienstag berichtet, werden im Glatzer Bergland Großjagden auf die Wildkatzen durchgeführt.

Klare Entscheidung gefordert

Stellungnahme der evangelischen Kirche zur Jugendweihe

Berlin (epd). Die evangelischen Kirchenleitungen in der Sowjetzone haben zu der Absicht der Sowjetzonenbehörden, die Kinder bei ihrer Schulentlassung „ungeachtet ihrer Weltanschauung“ zur Teilnahme an einer Jugendweihe aufzufordern, Stellung genommen.

Sie erinnern die Eltern und Kinder daran, klar zwischen Konfirmation und Jugendweihe zu unterscheiden. Es wurde dabei auf eine kirchliche Bestimmung für Berlin-Brandenburg hingewiesen, nach der Kinder, die sich einer Handlung unterziehen, die im Gegensatz zur Konfirmation steht (Jugendweihe oder dergl.), nicht konfirmiert werden können.

Von kirchlicher Seite wurde weiter darauf hingewiesen, daß die für 1955 neu geplanten Jugendweihen in der Sowjetzone zweifellos an die alte Tradition solcher Veranstaltungen anknüpfen, die von jeher Angelegenheit

Die Völkerwanderung in der Zone

Starker Bevölkerungsschwund auf dem Lande

Die Sowjetzone leidet unter einer dauernden starken Abwanderung vom Land in die Stadt und einem sich daraus ergebenden chronischen Mangel an Arbeitskräften in der Landwirtschaft. In bestimmten Agrargebieten hat die Bevölkerung seit 1946 ständig abgenommen, während gleichzeitig, trotz des allgemeinen Bevölkerungsrückganges der Sowjetzone von 18 356 000 Einwohnern im Jahre 1946 auf 18 045 000 Einwohner im Jahre 1954, die Einwohnerzahl gewisser Industriebezirke wesentlich gestiegen ist. Hierbei handelt es sich um solche Gebiete, in denen die sogenannten „Schwerpunkte“ der Staatsplanung liegen und die deshalb ihre Struktur gegenüber 1945 weitgehend verändert haben.

Diese interessanten Feststellungen über die sowjetzonale Bevölkerungsbewegung, die einer kleinen internen Völkerwanderung gleichkommt, ergeben sich aus den bei der letzten Volksabstimmung bekanntgewordenen Zahlen.

Danach konzentriert sich der Rückgang besonders auf die landwirtschaftlichen Bezirke im Norden und Westen der Zone. Dagegen ist eine Bevölkerungszunahme in den Industriezentren des Südostens und an der Ostsee zu verzeichnen. Die Mecklenburger Bezirke Schwerin und Neubrandenburg und die Landkreise von Rostock und Magdeburg verloren 11 bis 15 Prozent, die ländlichen Gebiete um Halle, Potsdam und Erfurt 6 bis 8 Prozent der Bevölkerung.

Andererseits ist ein Bevölkerungszuwachs in den teilweise neu geschaffenen Schiffbauzentren an der Ostsee, nämlich dem Kreis Wolgast und den Städten Wismar, Stralsund und Rostock zu verzeichnen. Hier stieg die Bevölkerung um 80 000 Menschen, das sind 30 Prozent der früheren Zahl. Die gleiche Entwicklung ist in jenen acht sächsischen Kreisen festzustellen, die jetzt wirtschaftlich vom Uranbergbau beherrscht werden. Hier ist ein eigener Staat im Sowjetzonenstaat, vor allem im Bezirk Chemnitz, entstanden. Sein Umfang und seine Bedeutung ergeben sich aus dem dortigen Bevölkerungszuwachs von 100 000 Menschen, was einer Zunahme von 20 Prozent entspricht.

Der Sowjetsektor von Berlin wird jetzt von 40 000 Menschen weniger bewohnt als 1946. Seine Bevölkerung fiel von 1 174 000 auf 1 131 000.

6,7 Mill. Care-Pakete

6,7 Mill. Care-Pakete sind seit August 1946 in der Bundesrepublik und Westberlin an Bedürftige verteilt worden.

Geistlichen den Zuzug verweigert

Berlin (DPA). Trotz der Proteste bei den Sowjetzonenbehörden ist es bisher nicht möglich gewesen, für 18 Pfarrer aus Westberlin und dem Bundesgebiet, die für eine Pfarstelle in Brandenburg vorgesehen waren, die Zuzugsgenehmigung zu erhalten.

Die Ostkirchenkonferenz, in der die Kirchenleitungen aller evangelischen Landeskirchen der Sowjetzone vertreten sind, hatte die zuständigen Behörden Anfang November gebeten, den Geistlichen den Zuzug zu gewähren.

Politik mit der Straßenbahn

Die Ost-BVG wollte ein Geschäft machen ...

Kurz vor den Westberliner Wahlen erschien eine Gruppe Ostberliner Hochspannungsmonteurs am Potsdamer Platz und begann, die Straßenbahnoberleitungen wiederherzustellen. Zwei Jahre zuvor hatten die gleichen Monteurs die Kabelstränge unterbrochen. In der Ostpresse erschienen gleichzeitig Aufrufe an die Westberliner, für eine Wiederherstellung des einheitlichen Straßenbahnnetzes einzutreten. „Schon morgen können die Bahnen wieder über den Potsdamer Platz nach Weißensee und Lichterfelde fahren!“ schrieb das SED-Zentralorgan. Aber: „Vorbedingung ist ein ‚Gesamtberliner Gespräch‘ am Runden Tisch!“

Diejenigen, die die Strippen einstmals durchgeschnitten hatten, konnten nicht erwarten, daß man sich zwei Tage vor der Wahl mit der SED an einen Tisch setzen würde, nur auf die Aussicht hin, künftig am Potsdamer Platz nicht mehr umsteigen zu brauchen.

Dann kam die Wahl, und es kamen die bewußten 2,7 Prozent SED-Stimmen. Die Sache mit der Straßenbahnoberleitung geriet in Vergessenheit. Jetzt aber fand in Ostberlin in aller Stille eine Arbeitskonferenz der BVG Ost, der gespaltenen Berliner Verkehrs-Gesellschaft, statt. Und dabei kamen einige interessante Hintergründe auf den Tisch einer so unerwarteten Verhandlungsbereitschaft.

Danach ergibt sich folgendes: Am 28. November unterbreitete die Hauptverwaltung der Ost-BVG eine Bilanz, die praktisch den Bankrott bedeutete. Einzige Alternative: Schnellste Zusammenführung des Gesamtberliner Verkehrsnetzes, damit die West-BVG durch Übernahme der halben Kostenlasten den Bankrott aufhalten möge. Hintergedanke: Wenn die guten West-Wagen im Ostsektor und die ausge-

leiterten Ost-Wagen in den Westsektoren herumfahren, kann man ja beide wechselseitig in Reparatur geben. Dann bekommt man auch zum 1:1-Wert die erforderlichen Reparaturteile.

Beinahe hätte die SED angesichts des wirtschaftlichen Notschreies der Ost-BVG solches Unterfangen gebilligt. Vor allem lockten die Westgeld-Einnahmen, die bei gewissen Grenz-

geschäften einkommen wären. Nur die SED-Bezirksleitung Berlin konnte sich nicht verkneifen, den Passus mit dem „Gesamtberliner Gespräch“ und andere politische Bedingungen einzuflechten.

Es gibt dazu Parallelen, nicht nur die der ostzonalen Reichsbahn und der Ostberliner S-Bahn, die alle wieder ins gesamtdeutsche Geschäft zu kommen suchen. Die gesamte „Ost-West-Gesprächspolitik“ der SED beruht zum beachtlichen Teil auf diesem Hintergrund. Wenn pleite ist, neigt gern zum wirtschaftlichen Verhandeln. Nur daß hier keine politische Konsequenz gezogen, sondern im Gegenteil vom Westen auch noch Zugeständnisse gefordert werden. Im Grunde genommen ist die ganze kommunistische Forderung nach „gesamtdeutschen Gesprächen“ bisher nichts anderes als das Leitungsfliegen am Potsdamer Platz.

Nach der Blamage

Enttäuschung, Wut, Verwirrung im Lager der SED! Das Wahlergebnis in Westberlin hatte den Funktionären im Ostsektor und den 2,7-Prozent-Kommunisten in den Westsektoren zuerst die Sprache verschlagen. Als die große Niederlage bekannt wurde, stellte sich heraus, daß sie nicht einkalkuliert worden war. Dann begann ein Sich-Winden und Sich-Drehen.

Die „der SED nahestehende“ ostsektorale „Berliner Zeitung“ brachte das tatsächliche kommunistische Empfinden noch am ehrlichsten zum Ausdruck, wenn

sie zugab, daß „die Entscheidung der Westberliner Wähler nicht als glücklich bezeichnet“ werden könnte. Diese eingestandene Enttäuschung, diese Kritik an den Westberlinern, steht allerdings allein auf der weiten sowjetzonalen Flur.

Die anderen Ost-Zeitungen schrieben jedenfalls ganz anders. Plump versuchten sie, die Wahl als „Erfolg der Arbeiterklasse“ gegen die „Kriegspolitik Adenauers“ hinzustellen. Es schien ihnen am einfachsten, in die Demagogie, Unterstellung, Polemik und Lüge zu fliehen.

Ostberlins SED-Chef Alfred Neumann hatte seiner Partei den Einmarsch ins Abgeordnetenhaus prophezeit. Und jetzt? Ein offenes Eingestehen der Blamage kommt trotz der sonst geübten „Selbstkritik“ nicht in Frage. Was sollten die „sowjetischen Freunde“ dazu sagen? Deren Gunst oder Ungunst ist jetzt die große Frage bei der SED. Wenn die Sowjets noch immer über die tatsächliche Einstellung der Bevölkerung gegenüber der SED irgendwelche Illusionen hegen — mit dem Wahlergebnis dürften sie ihnen endgültig genommen sein.

Die Straßen bleiben dunkel

Plankommission lehnte alle Anträge ab

Berlin (Eigenmeldung). Wegen der völlig ungenügenden Straßenbeleuchtung liegen bei der Staatlichen Plankommission sowie dem Ministerium für Schwerindustrie aus zahlreichen Städten und Gemeinden der Zone Beschwerden vor. Die Abteilung Elektroindustrie des Ministeriums hatte deshalb vorgeschlagen, mehr Material zur Herstellung von Straßenbeleuchtungskörpern zur Verfügung zu stellen.

Dieser Antrag wurde jetzt von dem Leiter der Plankommission abgelehnt. Abgesehen von der Schwierigkeit der Materialbeschaffung ist der dann höhere Energieverbrauch entscheidend für die Ablehnung des Vorschlages zur Verbesserung der öffentlichen Beleuchtungsanlagen. Nach Leuschners Ansicht würde der höhere Strom- und Gasverbrauch „die Produktion wichtiger Güter“ behindern.

Köln baute 137 000 Wohnungen

Vorbildliche Stadtrandsiedlungen am Rheinufer

Der Aufbauwille der Bundesrepublik kommt in Köln besonders deutlich zum Ausdruck. Die gesamte Bevölkerung Bremens könnte in den 137 000 Wohnungen Platz finden, die seit 1945 im Schatten des Doms wiederhergestellt oder neu errichtet wurden. Von den 143 zerstörten Schulen ist ein großer Teil wiederaufgebaut.

Man plant die Errichtung eines neuen Rathauses, den Bau des modernsten Theaters Europas, die Konstruktion von zwei neuen Brücken.

Was eine Stadt an moderner

Arbeitern innerhalb von vier Stunden „gegossen“, dort zaubert ein Maler ein modernes Fresko an die fensterlose Giebelwand eines Hauses, dessen Balkons wie Marmor schimmern.

Auch die begrünten Trümmerberge gehören zum Bild des

modernen Kölns. Der dreißig Meter hohe „Herkuless“ ist jetzt schon ein beliebtes Ausflugsziel. Die Schuljugend wartet ungeduldig auf den ersten Schnee, um mit dem Rodelschlitten die Abhänge hinunterzusausen. Von der Spitze des Hügels gleitet der Blick zu dem silbernen Band des Rheins.

Aus der Ferne grüßen die neuen Institute und Kliniken im Universitätsviertel. Und in der Nachbarschaft der alten Markthalle werden in absehbarer Zeit moderne Autohöfe und ein Hotel für Fernfahrer entstehen.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Wohnraumgestaltung zu leisten vermag, demonstriert die Stegwald-Siedlung auf dem rechten Rheinufer. Hier ist die Idee des sozialen Wohnungsbaus in einer klassischen Form verwirklicht worden. Von einer Gesamtfläche von 226 000 Quadratmeter sind nur 143 000 Quadratmeter bebaut. Einfachsthäuser für sozial Minderbemittelte, zwei Ledigenheime, ein Altersheim für kinderlose Ehepaare, ein Planschbecken und grüne Rasenflächen machen diese Siedlung zu einem „Dorf der Lebensfreude“.

Auf dem Kinderspielplatz tummeln sich die Kleinen auf Rutschbahnen, Schaukeln und in den Sandkästen. Sie stellen aus ihren Reihen eine eigene Ordnungspolizei.

Daß man in Köln Träume zu verwirklichen versteht, bezeugen die neuen Schulen, modernen Siedlungen und grünen Rasenflächen in den Außenbezirken der Stadt. Hier werden Versuchshäuser von vier

Menschen unterm Plastikdach

Die Welt im Jahre 2000

Im Jahr 2000 werden die Städte ein Plastikdach haben und die Beleuchtung der Häuser und Wohnungen werden fluoreszierende Wände liefern. Diese Voraussagen gehören zu dem Ergebnis eines Wettbewerbs für Zukunftsbilder des praktischen Lebens, den die königliche britische Gesellschaft für Wissenschaften ausgeschrieben hatte.

Von den 184 Teilnehmern wird weiter die Raketenpost prophezeit, die Postkarten mit Rückantwort London—Sydney—London in einem Tag befördert. Statt der Bürgersteige wird es Rollbänder für Fußgänger geben.

beiden deutschen Physiker Professor Max Born und Professor Walter Bothe, an den amerikanischen Chemiker Dr. Linus Pauling, an die amerikanischen Ärzte Dr. Enders, Dr. Weller und Dr. Robbins und an den amerikanischen Schriftsteller Ernest Hemingway statt.

Überschall-Bomber

Der erste Überschall-Bomber der Welt wurde von der französischen Luftwaffe entwickelt. Er trägt die Bezeichnung „Geier 03“ und ist mit zwei Düsenmotoren ausgestattet.

Nobelpreise überreicht

In der festlich geschmückten Konzerthalle von Stockholm überreichte König Gustav Adolf von Schweden die diesjährigen Nobelpreise für Physik, Chemie, Medizin und Literatur an die Preisträger. In Anwesenheit der königlichen Familie, früherer Nobelpreisträger und führender Wissenschaftler aus aller Welt fand die feierliche Übergabe der hohen Auszeichnungen an die

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerikahaus am Nollendorfplatz gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.